

menge importieren zu können wie damals¹⁾. Obwohl es möglich ist, daß sich die Austauschverhältnisse durch Preisrückgangstendenzen auf dem Weltmarkt wieder etwas bessern werden, so ist es doch wichtig, darüber im klaren zu sein, daß zumindest ein Teil der durch die Abwertung ermöglichten Ausfuhrsteigerung allein dazu benötigt wird, die verschlechterten Austauschbedingungen zu kompensieren.

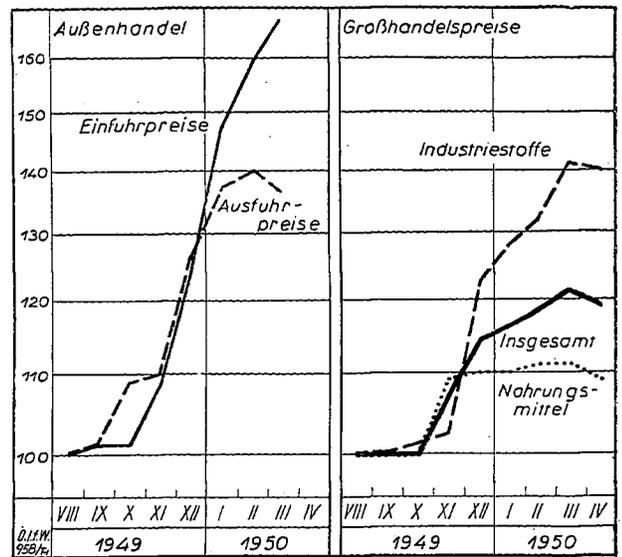
Preisentwicklung im Außenhandel und Großhandel

Monat	Außenhandelspreise				Großhandelspreise		
	Quantumspreisindex ¹⁾		Schillingpreis per Zentner		Nahrungsmittel	Industriestoffe	Insgesamt
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr			
	August 1949 = 100						
1949 August	100	100	100	100	100	100	100
September	101	101	104	101	100	100	100
Oktober	101	109	109	103	100	101	100
November	109	110	94	100	109	102	107
Dezember	124	126	137	117	110	122	114
1950 Jänner	147	137	158	119	110	128	116
Februar	159	140	155	121	111	132	118
März	167	136	145	119	111	141	121
April					109	140	119
Mai					109	140	119

¹⁾ Wertindex: Quantumindex.

¹⁾ Die hier angegebene Zahl von 23% soll nur eine ungefähre Vorstellung von dem Ausmaße der Verschlechterung der internationalen Austauschbedingungen geben. Eine genaue Schätzung würde eine vollkommene Kenntnis der verschiedenen Agios im Import- und Exportgeschäft vor der Abwertung voraussetzen.

Preisentwicklung im Außenhandel und Großhandel
(Normaler Maßstab; August 1949 = 100)



Die Abwertung hat zu einer merklichen Steigerung der Preise im Außenhandel geführt. Wie zu erwarten war, stiegen die Einfuhrpreise stärker als die Ausfuhrpreise, so daß sich die Austauschrelationen im Außenhandel verschlechtert haben. Die Preisauftriebstendenz aus der Abwertung dürfte im April zum Stillstand gekommen sein.

Aktuelle Fragen der Produktivitätssteigerung

Die Steigerung der Produktivität wird in den kommenden Monaten und Jahren — trotz allen gegenwärtig noch vorhandenen Hemmungen und Mißverständnissen — mehr und mehr zur Hauptaufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik werden. Denn nur wenn es gelingt, die Ergiebigkeit der österreichischen Wirtschaft in absehbarer Zeit bedeutend zu steigern, wird Österreich nach Versiegen der Auslandshilfe lebensfähig, d. h. aus eigenen Kräften imstande sein, der österreichischen Bevölkerung einen sozial erträglichen Lebensstandard und „Vollbeschäftigung“ zu sichern. Die Größe der Aufgabe läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß der Wert der Gesamteinfuhr im Jahre 1949 doppelt so hoch war wie der Wert sämtlicher sichtbaren und unsichtbaren Exporte der österreichischen Wirtschaft.

Mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Produktivitätssteigerung für das Schicksal Österreichs wird sich das Institut künftig neben seinen laufenden statistischen, konjunkturtheoretischen und wirtschaftspolitischen Arbeiten besonders mit den vielfältigen Problemen der „Produktivität“ befassen.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf einige aktuelle Fragen der Produktivitätssteigerung. Im Abschnitt „Der Begriff Produktivität“ wird darauf hingewiesen, daß die Definition „Produktionsmenge pro Beschäftigten“ oder „Produktionsmenge pro Arbeitsstunde“ keineswegs den viel umfassenderen Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität ausschöpft, sondern nur eine nützliche Arbeitshypothese (mit beschränktem Erkenntniswert) darstellt. Die Untersuchung behandelt weiters die „Ziele der Produk-

tivitätssteigerung“ und die komplizierten ökonomischen Zusammenhänge zwischen „Produktivität und Lebensstandard“ sowie der „Auswirkungen der Produktivitätssteigerung auf die Zahlungsbilanz“. Der Abschnitt „Produktivität und Vollbeschäftigung“ darf nur als ein erster Beitrag zu diesem wichtigen Thema gewertet werden. Andere, nicht weniger wichtige und interessante Themen, wie die Frage der Gewinnbeteiligung und des Mitspracherechtes der Arbeiterschaft, oder die Steigerung der Produktivität unter dem Aspekten der europäischen Zusammenarbeit, oder die Bedeutung des psychologischen und moralischen Faktors für die Steigerung der Produktivität, blieben vorderhand unberücksichtigt und werden in besonderen Untersuchungen bearbeitet werden.

Der Begriff Produktivität

Die seit Kriegsende fast ausschließlich auf praktische Bedürfnisse der Wirtschaftspolitik ausgerichtete umfangreiche Literatur über Produktivitätsprobleme definiert „Produktivität“ in der Regel als *Produktionsmenge pro Beschäftigten* oder *Produktionsmenge pro Arbeitsstunde*. Diese Begriffsabgrenzung umschließt bei weitem nicht den viel umfassenderen Inhalt der „volkswirtschaftlichen Produktivität“, sondern läuft auf eine einfache technische Kennziffer hinaus, die sich auch statistisch mit einiger Genauigkeit erstellen läßt.

Tatsächlich ist die Produktivität nicht einfach durch das Verhältnis zwischen Produktionsmenge und Einsatz von Arbeitskräften oder aufgewendeten Arbeitsstunden bestimmbar. Die Zuordnung einer Produktionsmenge zu einem einzigen, wenn auch sehr wichtigen Produktionsfaktor ist vom ökonomischen Standpunkt weitgehend willkürlich, da sich die Produktivität aus dem Zusammenwirken mehrerer, meist untereinander ersetzbarer Produktionsmittel ergibt. Ebenso kann man etwa den Brennstoff-, Energie-, Rohstoffverbrauch oder den Maschineneinsatz zur erzeugten Menge in Beziehung setzen und erhält dann neben der Produktivität der Arbeit eine Produktivität (oder Wirtschaftlichkeit) des Energieverbrauches, des Rohstoffverbrauches, des Maschineneinsatzes usw. Alle diese Kennziffern drücken jedoch nicht den (isolierten) produktiven Beitrag eines Produktionsmittels zum Endprodukt aus, sondern nur ein mathematisches Verhältnis ohne eindeutige kausale Zuordnung.

Das Nebeneinander verschiedener technischer Produktivitätskoeffizienten ist für die praktische Wirtschaftspolitik so lange unproblematisch, als sich sämtliche Koeffizienten in der gleichen Richtung

bewegen oder alle bis auf einen unverändert bleiben. Häufig wird jedoch die Ersparnis an einem Produktionsmittel mit dem Mehraufwand eines anderen erkaufte. Man kann z. B. die Arbeitskosten in der Spinnerei durch Verwendung besserer Baumwolle verringern, oder die Maschinenleistung und Arbeitsleistung in der Metallbearbeitung durch Verwendung besseren Stahls erhöhen. In diesen Fällen steigt die Produktivität der Arbeit, während die des Rohstoffverbrauches sinkt, so daß die technischen Produktivitätskoeffizienten keinen Aufschluß über die Zweckmäßigkeit solcher Substitutionen geben. Ebenso unbeantwortet bleibt die Frage, ob eine bestimmte Menge Produktionsmittel produktiver für dieses oder jenes Gut, also etwa für Baumwoll- oder Schafwollstoffe eingesetzt wird, da Baumwolle und Schafwolle in technischen Maßeinheiten nicht vergleichbar sind.

Diese beiden Probleme — die richtige Kombination der Produktionsfaktoren bei der Erzeugung eines bestimmten Gutes und ihre zweckmäßige Verteilung auf verschiedene Verwendungsbereiche — können nur dann gelöst werden, wenn sowohl die Produktionsmittel als auch die Produkte bewertet und dadurch vergleichbar gemacht werden. Nun besteht zwar eine solche Möglichkeit der Bewertung auf Grund der Marktpreise. Die sich auf den einzelnen Märkten bildenden Preise sind jedoch nur für die betrieblichen Dispositionen des einzelnen Unternehmers maßgebend und liefern nur bedingt objektive Kriterien für wirtschaftspolitische Entscheidungen, da die „Objektivität des Preismechanismus“ durch die Unvollkommenheit der Märkte, durch einseitige Angebots- und Nachfragebeeinflussung, durch die Besonderheiten der Einkommensverteilung, durch Vernachlässigung sozialer Kosten und Ertragnisse sowie durch dynamische Entwicklungsprobleme stark beeinträchtigt wird.

Folgendes Beispiel möge dies erläutern: In Amerika verhält sich der Jahreslohn eines Webers zu den Anschaffungskosten eines automatischen Webstuhles wie 1 : 0,65; in Österreich dagegen (wenn ein amerikanischer Draperstuhl zum Mischkurs importiert wird) wie 1 : 3,5. Für den einzelnen Betrieb genügt die Feststellung, daß sich bei diesem Verhältnis von Arbeitskosten und Maschinenkosten in vielen Fällen die Anschaffung eines automatischen Webstuhles nicht lohnt. Die Wirtschaftspolitik hat jedoch zu berücksichtigen, daß die niedrigen Löhne in der österreichischen Textilindustrie zwar teilweise eine Folge der geringen Produktivität, gleichzeitig aber auch eine Ursache für die überalterte Kapitalausrüstung unserer Webereien sind.

Das Fehlen eindeutiger Wertmaßstäbe rechtfertigt es, dem vieldeutigen Begriff einer umfassenden volkswirtschaftlichen Produktivität, der der älteren theoretischen Literatur viel Kopfzerbrechen verursacht hat, aus dem Weg zu gehen und sich mit einer Reihe technischer Kennziffern zu begnügen, unter denen der Produktivität der Arbeit im oben definierten Sinne wohl der erste Rang zukommt. Man muß sich allerdings bewußt bleiben, daß darüber hinaus eine Vielzahl von Problemen nicht auf Grund einfacher Meßziffern, sondern erst nach eingehendem Studium aller relevanten Faktoren entschieden werden kann.

Ziele der Produktivitätssteigerung

Unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen steigt die Arbeitsproduktivität einer Volkswirtschaft dank den laufenden technischen Erfindungen, Verbesserungen der Betriebsorganisation und Neuinvestitionen im allgemeinen jährlich um etwa 1 bis 2%. In den USA z. B., deren Produktivitätsentwicklung über einen längeren Zeitraum verfolgt werden kann, ist die Erzeugung pro Arbeitsstunde von 1899 bis 1939 in der Industrie (ohne Bergbau) durchschnittlich um etwa 2.9%, und in der Gesamtwirtschaft um etwa 1.8% pro Jahr gestiegen. Die Erzeugung pro Arbeiter hat sich allerdings in der Industrie durchschnittlich nur um 1.9% erhöht, da gleichzeitig die Arbeitszeit beträchtlich gesunken ist.

Die Entwicklung der Produktivität in den USA¹⁾

Zeit	Indizes für die Zahl der Arbeiter und der Arbeitsstunden			Landwirtschaft
	Fabriksindustrie	Bergbau	Eisenbahnen	
Jahr	Arbeiter	Arbeitsstunden	Beschäftigte	Erwerbstätige
pro Einheit der Erzeugung				
1899	100	100	172	.
1909	88	85	157	100
1919	84	74	135	84
1829	51	42	100	67
1939	47	32	78	52
Zunahme der Erzeugung in Prozenten				
Zeitraum	Erzeugung pro			Erwerbstätigen
	Arbeiter	Arbeitsstunden	Beschäftigten	
1899—1909	1.3	1.6	0.9	.
1909—1919	0.5	1.4	2.4	1.8
1919—1929	5.1	5.8	3.0	2.3
1929—1939	0.8	2.8	2.5	2.6
1899—1939	1.9	2.9	1.9	.

¹⁾ S. Fabricant, Labour Savings in American Industry.

Wenn in Österreich von maßgeblichen wirtschaftspolitischen Stellen immer wieder auf die Notwendigkeit einer Produktivitätssteigerung hingewiesen wird, so ist damit nicht diese „normale“

Fortschrittsrate von durchschnittlich 1 bis 2% pro Jahr gemeint. Es besteht kein Zweifel, daß auch ohne besondere wirtschaftspolitische Maßnahmen die Produktivität der österreichischen Wirtschaft in den nächsten Jahren mindestens in diesem Ausmaße steigen wird, da die gegenwärtige niedrige Produktivität teilweise auf Ursachen zurückzuführen ist, die mit fortschreitender Konsolidierung der Wirtschaft automatisch wegfallen. Das österreichische Produktivitätsproblem besteht vielmehr darin, durch besondere Anstrengungen die Produktivität möglichst rasch über die normale Fortschrittsrate zu steigern und den Vorsprung der westlichen Industriestaaten wenigstens teilweise aufzuholen.

Österreichs Wirtschaft ist gegenwärtig noch in hohem Maße von ausländischer Hilfe abhängig. Im Jahre 1949 betrug das Zahlungsbilanzdefizit rund 300 Mill. \$, d. s. zum Mischkurs umgerechnet etwa 6.5 Mrd. S oder 15% des österreichischen Sozialproduktes. Trotz dieser Auslandshilfe war der durchschnittliche Lebensstandard der Bevölkerung noch äußerst bescheiden. (Der Reallohn eines Arbeiters betrug im Jahre 1949 erst rund 80% des ohnehin bescheidenen Reallohnes von 1937.) Da die ERP-Hilfe Mitte 1952 zu Ende geht, steht die österreichische Wirtschaft vor der schwierigen Aufgabe, innerhalb eines Zeitraumes von zweieinhalb Jahren nicht nur die Zahlungsbilanz auszugleichen, sondern gleichzeitig auch der Bevölkerung einen „sozial erträglichen“ Lebensstandard zu sichern. Diese Aufgabe kann nur durch eine bedeutende Steigerung des Sozialproduktes, das heißt aber, da weitgehende Vollbeschäftigung schon erreicht ist, nur durch eine Steigerung der Produktivität gelöst werden.

Wie stark die Produktivität steigen müßte, um das skizzierte Ziel — Zahlungsbilanzausgleich bei sozial erträglichem Lebensstandard — zu erreichen, läßt sich nicht genau bestimmen. Einmal sind die Beziehungen zwischen Produktivität und Zahlungsbilanz bzw. Lebensstandard ziemlich kompliziert (siehe die folgenden Abschnitte) und nicht einwandfrei quantifizierbar. Zum anderen aber wird der Begriff „sozial erträglicher Lebensstandard“ nicht nur durch ökonomische, sondern auch durch soziologische und politische Erwägungen bestimmt.

Österreich muß jedenfalls versuchen den Lebensstandard seiner Bevölkerung so weit wie möglich zu verbessern. Andererseits darf eine Politik der Produktivitätssteigerung nicht übertrieben werden. Soweit gegenwärtig noch ein größerer Spielraum für produktivitätssteigernde Maßnahmen besteht, die vom überwiegenden Teil der Bevölkerung keine oder nur geringe Opfer verlangen — wie etwa die Ausschöpfung

der Möglichkeiten, die „*Technical Assistance*“¹⁾ bietet —, ist ihre Anwendung einfach ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Wenn es sich jedoch darüber hinaus um Methoden handelt, die die Einkommensverteilung verändern, den ohnehin unzulänglichen Konsum weiter beschränken, die soziale Sicherheit beeinträchtigen oder höhere persönliche Anstrengungen erfordern, muß in jedem einzelnen Fall abgewogen werden, ob der damit erreichbare Produktivitätsgewinn die zusätzlichen Opfer lohnt.

Produktivität und Lebensstandard

Zwischen Produktivität im Sinne von Produktion je Beschäftigten und Lebensstandard (Konsum pro Kopf) besteht ein enger Zusammenhang. Wenn mehr produziert wird, kann unter sonst gleichen Umständen (gleiche Verteilung des Sozialproduktes, keine Veränderung der Zahlungsbilanz usw.) natürlich auch mehr konsumiert werden. Dabei müssen allerdings Einschränkungen gemacht werden: Die Arbeitsproduktivität kann steigen, ohne daß gleichzeitig auch der Lebensstandard zunimmt, wenn die menschliche Arbeitskraft durch andere Produktionsmittel ersetzt wird, für deren Bereitstellung nicht weniger Arbeitskräfte erforderlich sind, als auf der anderen Seite eingespart wurde. So kann die Einfuhr besserer Rohstoffe zwar eine höhere Arbeitsproduktivität in den verarbeitenden Industrien und damit eine höhere Gesamtproduktion ermöglichen. Wenn dafür jedoch ein Teil der heimischen Produktion für zusätzliche Importe abgezweigt werden muß, ist es möglich, daß per Saldo nichts gewonnen wird. Ähnlich kann das Ergebnis sein, wenn von Handarbeit auf maschinelle Fertigung übergegangen wird und die Arbeitskräfte, die durch die maschinelle Erzeugung erspart werden, zusätzlich für die Produktion der Maschinen beschäftigt werden müssen. *Praktisch* wird in beiden Fällen

¹⁾ Unter „*Technical Assistance*“ stellen die USA außerhalb des regulären ERP-Programmes hilfebedürftigen Staaten wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen vor allem auf dem Gebiete der angewandten Technik zur Verfügung und fördern auf diese Weise die Steigerung der Produktivität. Im einzelnen handelt es sich dabei um den Erfahrungsaustausch durch Studienreisen österreichischer Betriebsführer, Ingenieure, Wissenschaftler, Werkmeister, Arbeiter und Angestellter nach den USA und nach anderen europäischen Ländern, und umgekehrt um Besuche hervorragender ausländischer Experten in österreichischen Betrieben, weiters um die Beschaffung wertvoller technischer Literatur, wissenschaftlicher Geräte, industrieller Muster und Modelle, um die Verbreitung technischen Wissens durch die Errichtung von „Dokumentationszentren“, um die Organisierung wissenschaftlicher Gemeinschaftsarbeiten u. ä. In Österreich liegt die Ausnützung der Möglichkeiten, die die „*Technical Assistance*“ bietet, in den Händen des kürzlich gegründeten „*Österreichischen Produktivitäts-Zentrums*“ (ÖPZ).

mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität wohl auch das Sozialprodukt steigen, anderenfalls die Substitution von Arbeit durch Rohstoffe bzw. Maschinen wohl nicht durchgeführt worden wäre. In allen diesen Fällen aber wird die Arbeitsproduktivität relativ mehr als das Sozialprodukt bzw. als der Lebensstandard steigen.

Auch dann besteht nicht zwangsläufig eine Proportionalität in der Zunahme von Arbeitsproduktivität und Sozialprodukt, wenn sich die Produktivität der Arbeit in Zweigen mit hohem wertmäßigen Beitrag zum Sozialprodukt (etwa in der Industrie) verschlechtert, in Zweigen mit niedrigem Beitrag zum Sozialprodukt (z. B. in der Landwirtschaft) aber erhöht. In diesem Fall kann sogar das Sozialprodukt kleiner werden, obwohl die durchschnittliche Kennziffer der Arbeitsproduktivität steigt. Das gleiche gilt bei einem Vergleich der Arbeitsproduktivität und des Lebensstandards zweier Länder. So war etwa der durchschnittliche Lebensstandard in den USA vor dem Kriege nur unbedeutend höher als in England, obwohl die Arbeitsproduktivität in allen Zweigen bedeutend größer war, weil in den USA ein relativ größerer Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist²⁾.

Schließlich kann eine Mehrausfuhr nach einer Produktivitätssteigerung die Terms of Trade (Austauschrelationen) verschlechtern, wodurch ebenfalls das Sozialprodukt weniger steigen wird, als auf Grund der Steigerung der Produktivität zu erwarten gewesen wäre.

Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz

Der Zusammenhang zwischen Produktivität und Zahlungsbilanzausgleich ist nicht so leicht übersehbar wie der zwischen Produktivität und Lebensstandard. Sicherlich werden durch eine Produktivitätssteigerung bei unverändertem inländischen Verbrauch Produktionskräfte für den Export frei. Der potentielle Mehrexport wird jedoch nur dann im Ausland abgesetzt werden können, wenn die im Inland hergestellten Produkte international konkurrenzfähig sind.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit hängt jedoch nur bedingt von der Entwicklung der inländischen Produktivität ab. Die vielfach übliche Argumentation, daß die österreichische Wirtschaft erst dann wieder international wettbewerbsfähig sein werde, wenn die österreichische Produktivitätsentwicklung nicht nur mit dem Ausland Schritt hält,

²⁾ Siehe *Rostas L.*: „International Comparisons of Productivity“ *International Labor Review*, Vol. LVIII, Nr. 3, S. 283 ff, September 1948.

sondern darüber hinaus den Vorsprung des Auslandes aufgeholt habe, übersieht, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit einzelner Industriezweige von den Angebotspreisen und damit am Ende von den Gestehungskosten abhängt. Diese können jedoch nicht nur durch eine hohe Produktivität, sondern auch durch niedrige Löhne tief gehalten werden. Nur so ist es erklärbar, daß überhaupt ein freier internationaler Handel bestehen kann, obwohl einige hoch entwickelte Länder zweifellos in *allen* Produktionszweigen absolut produktiver waren als die anderen.

Tatsächlich wird daher nur jene Produktivitätssteigerung den Export fördern und damit die Zahlungsbilanz entlasten, die zu einer relativen – im Vergleich zu den ausländischen Preisniveaus – Senkung des österreichischen Preisniveaus führt. Wenn sich die höhere Produktivität bei unverändertem Preisniveau ganz in höheren Löhnen und Gewinnen niederschläge, würde eine auch noch so große Produktivitätssteigerung den Export nicht beleben¹⁾. Die Zahlungsbilanz wird sich daher nur dann bessern, wenn ein Teil der Kostenverbilligung aus der erhöhten Produktivität dazu verwendet wird, die Exportpreise zu senken. Dadurch geht zwar ein Teil des Kostenvorsprungs aus der Produktivitätssteigerung wieder verloren, der Rest kann aber doch zur Erhöhung des Lebensstandard verwendet werden.

Produktivität und Vollbeschäftigung

Bisher wurde angenommen, daß die durch eine Steigerung der Produktivität mögliche Mehrproduktion auch tatsächlich Absatz findet. Diese Annahme bedarf einer näheren Begründung, da vielfach befürchtet wird, daß durch das Steigen der Produktivität eine verstärkte Arbeitslosigkeit entsteht und im Ergebnis nur das gleiche Sozialprodukt, allerdings mit einem geringeren Einsatz an Arbeitskräften und Arbeitsstunden erzielt wird.

Eine „Rationalisierungsarbeitslosigkeit“ könnte aus *zwei* Gründen auftreten: entweder, weil die *gesamte* kaufkräftige Nachfrage mit der *gesamten* Güterproduktion nicht Schritt hält, oder weil trotz ausreichender Gesamtnachfrage auf *einzelnen* Gebieten Produktionsüberschüsse entstehen.

Wenn die Erzeugung pro Arbeitsstunde in allen Wirtschaftszweigen steigt, könnte (bei Annahme eines unveränderten Arbeitskräftepotentials und gleichen Arbeitsstunden) die Produktion um einen bestimmten Prozentsatz erhöht werden. Diese zusätzliche Produk-

tion wird jedoch nur dann realisiert werden, wenn entweder die reale Nachfrage nach Investitionsgütern oder die reale Nachfrage nach Konsumgütern oder beide zusammen im gleichen Ausmaße steigen.

Die Produktivitätssteigerung bewirkt jedoch keineswegs zwangsläufig eine Zunahme der kaufkräftigen Nachfrage. Die zusätzliche potentielle Erzeugung kann nicht ausschließlich von den Unselbständigen gekauft werden, weil ein Teil des Sozialproduktes erfahrungsgemäß immer den Unternehmern zufällt. Dieser nicht vom Massenkonsum beanspruchte Teil der potentiellen Produktionssteigerung müßte entweder durch erhöhten Unternehmerkonsum oder durch größere Investitionen absorbiert werden. Andernfalls stockt der Absatz und die Produktion sinkt wieder auf das ursprüngliche Niveau. Der Unternehmerkonsum ist jedoch relativ unelastisch und auch die Investitionstätigkeit wird nicht automatisch durch eine Produktivitätssteigerung angeregt. Eine bloße Re-Investition der Amortisationsquoten reicht vielfach aus (wie die Erfahrung der Dreißigerjahre in den Vereinigten Staaten gezeigt hat), Jahr für Jahr die Produktivität beträchtlich zu steigern. Außerdem erfordern bestimmte Formen der Rationalisierung, z. B. Reorganisation des Arbeitsprozesses, Serienproduktion usw. nur unbedeutende Investitionen.

Die Rationalisierung entwickelt also nicht unbedingt aus sich heraus Kräfte, die eine Mehrproduktion und damit die Vollbeschäftigung garantieren. Daß in den letzten Jahren trotz beachtlicher Produktivitätssteigerung ein hohes Beschäftigungsvolumen gehalten werden konnte, ist kein Gegenbeweis, da die Vollbeschäftigung dem Zusammentreffen verschiedener Faktoren, wie der anhaltenden Kreditexpansion und dem aufgestauten Bedarf an Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern zu verdanken ist, mit deren Wirksamkeit in Zukunft nicht unbedingt gerechnet werden kann. Mit fortschreitender Stabilisierung der Währung und Sättigung des aufgestauten Bedarfes wird man sich daher nicht mehr darauf verlassen dürfen, daß ungeachtet der Produktivitätssteigerung automatisch ein hoher Beschäftigungsgrad erhalten wird. Es wird vielmehr notwendig sein – unter Bedachtnahme auf die Währungsstabilität – durch geeignete finanz- und währungspolitische Interventionen dafür zu sorgen, daß die kaufkräftige Nachfrage ebenso steigt wie die Gütererzeugung.

Wesentlich erleichtert wird diese Aufgabe, wenn durch die Steigerung der Produktivität die Kosten gesenkt und dadurch die Exportfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erhöht wird. In diesem Falle könnte die im Inlande nicht absetzbare Mehrproduk-

¹⁾ Soweit nicht Exportkartelle die Ausfuhr aus den Überpreisen und Gewinnen des Inlandsgeschäftes subventionieren.

tion in den Export fließen und die Betriebe könnten weiterhin auf vollen Touren laufen. Wohl werden mit der Lockerung der Einfuhrbeschränkungen und der fortschreitenden Liberalisierung auch die Importe begünstigt werden. (Rein schematisch könnte man sich vorstellen, daß die exportierte Mehrproduktion indirekt, in Form der eingetauschten zusätzlichen Importe, wieder auf den Inlandsmarkt gelangt und hier ein „Überangebot“ schafft, mit folgenden Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen.) Praktisch wird die Entwicklung wohl anders verlaufen, denn mit dem allmählichen Versiegen der ERP-Hilfe wird das gegenwärtige Importvolumen selbst bei einer über Erwarten günstigen Entwicklung des Exportes vermindert werden müssen. (Im neuen Investitionsplan 1950/52 wird mit einer jährlichen Importeinsparung von rund 2 Mrd. S gerechnet.)

Aber selbst wenn es gelingt, gesamtes Güterangebot und gesamte Nachfrage in Einklang zu halten, kann im Zuge der Rationalisierung eine *friktionelle Arbeitslosigkeit* entstehen. Dies wird dann der Fall sein, wenn eine Branche ihre Produktivität bedeutend stärker steigert als andere Zweige, ihre Mehrerzeugung aber auch zu ermäßigten Preisen weder exportieren noch im Inlande restlos absetzen kann.

Die Überführung der fallweise freigesetzten Arbeitskräfte in andere Industriezweige ist — selbst bei einem allgemein hohen Beschäftigungsstand — zweifellos ein schwieriges und heikles wirtschafts- und

sozialpolitisches Problem, das nur bei eingehender Kenntnis der Struktur und der voraussichtlichen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung befriedigend gelöst werden kann. Eine wichtige Vorarbeit leistet in diesem Zusammenhange das Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, indem es allen Bewerbern von Investitionskrediten die Frage vorlegt, ob durch die geplanten Investitionen Arbeitskräfte freigesetzt (Rationalisierungs-Investitionen „in die Tiefe“), oder ob zusätzliche Arbeitskräfte (Investitionen „in die Breite“) benötigt werden. Da der neue Investitionsplan weitaus den überwiegenden Teil der Netto-Investitionen der österreichischen Volkswirtschaft in den nächsten drei Jahren erfassen wird, wird es den zuständigen Stellen möglich sein, rechtzeitig ein Bild von den Auswirkungen der Investitionen auf den Arbeitsmarkt zu erhalten.

Die Vermeidung einer stärkeren friktionellen Arbeitslosigkeit ist grundsätzlich auf zwei verschiedenen Wegen möglich: entweder es werden für die betreffenden Wirtschaftszweige zusätzliche Absatzmöglichkeiten geschaffen (etwa durch eine entsprechende Außenhandelspolitik), oder Tempo und Richtung der Investitionen werden von vornherein so gelenkt, daß stärkere Umschichtungen vermieden werden. Beide Wege werden jedoch nur dann Erfolg haben, wenn die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität mit anderen Maßnahmen der Außenhandels-, Investitions-, Währungs-, Wettbewerbs- und Arbeitsmarktpolitik sinnvoll koordiniert werden.